

Übergang Schule – Beruf OloV schafft Standards – die Regionen schaffen Qualität

Tagung am 21.02.2008
in der Jahrhunderthalle Höchst, Pfaffenwiese, 65929 Frankfurt am Main

Eröffnung der Tagung

Roland Koch
Ministerpräsident des Landes Hessen



Sehr geehrte Frau von Brasch, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Wolff, ich heiÙe Sie alle sehr herzlich in der Jahrhunderthalle willkommen und danke Ihnen allen für Ihr Interesse.

Für die Hessische Landesregierung ist OloV ein wichtiges Projekt, das Abschluss und Beginn zugleich signalisiert. Es ist ein Projekt der Akteure, die sich im Bereich des Ausbildungspaktes seit vielen Jahren intensiv, konstruktiv, manchmal auch schmerzhaft mit der Frage der Qualifizierung junger Menschen und ihrer erfolgreichen Eingliederung in die Erwerbsgesellschaft beschäftigen.

Abschluss ist das Projekt deshalb, weil wir inzwischen in einem Stadium angelangt sind, in dem wir – was die Ausbildungssituation junger Menschen angeht – zwei Seiten wieder näher zusammenbringen. Nämlich die Zahl derjenigen, die in einem konkreten Jahr neu in die Erwerbsgesellschaft eintreten wollen mit der Anzahl der Plätze, die für die jungen Menschen zur Ausbildung in der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Das ist keine Entwarnung! Herr Präsident Tonnellier für die IHK, die Vertreter des Handwerks, die Vertreter der öffentlichen Einrichtungen und Kommunen und viele andere, die in der Trägerschaft des Ausbildungspaktes stehen, wissen, dass es das Gefährlichste für ihre Arbeit wäre, Entwarnung zu geben. Denn nach wie vor ist Ausbildung nicht nur egoistisches Beschaffen der notwendigen Human Resources für die Zukunft, sondern auch ein Stück gesellschaftlicher Verpflichtung. Und nach wie vor ist gerade in der Selbstorganisation der Wirtschaft eine Menge geleistet worden und weiterhin zu leisten, um diese Verpflichtung gegenüber der jeweiligen Generation sicherzustellen, so dass die Tür in die Erwerbsgesellschaft für alle offen steht.

Deshalb muss man deutlich sagen, dass diese Aufgabe in den letzten Jahren nur durch riesige Anstrengungen und durch sehr viel persönliches Engagement von Verantwortlichen der verschiedenen Gruppen bewältigt werden konnte. Nur so konnten die jetzigen, erfolgreichen Zahlen erreicht werden.

Zu diesen Anstrengungen gehören nach wie vor auch beträchtliche öffentliche Leistungen. Wir investieren, wenn man alles zusammenrechnet, rund 60 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt in die Qualifizierung und Ausbildung junger Menschen. Einen beachtlichen Anteil steuert außerdem die Bundesagentur mit ihren Mitteln der Regionaldirektion in unterschiedlicher Weise für Programme der direkten betrieblichen Ausbildung, der Begleitung von betrieblicher Ausbildung oder auch der überbetrieblichen Ausbildung bei.

Zudem gibt es Anlass zu hoffen, dass sich in den nächsten Jahren der Zusammenhang von wirtschaftlicher und demografischer Entwicklung verändert. Nämlich hin zum Rückgang der Nachfrage und zu Stabilität bis Erhöhung der Angebote an Ausbildungsplätzen. Aber dieser Zeitpunkt ist noch nicht erreicht. Also gibt es noch keinen Grund zur Entwarnung.

Aber es gibt einen Grund festzustellen, dass wir mit einem hohen Grad an Sensibilität und hohem Maß an Engagement eine sichtbare Verbesserung der Zutrittschancen junger Menschen, die aus schulischer Ausbildung kommen, in Ausbildung und Qualifikation der Erwerbsgesellschaft erreicht haben. Das ist allerdings nur eine abstrakte statistische Betrachtung.

Im konkreten Einzelfall gibt es nach wie vor viele Schwierigkeiten. Diese liegen zum Beispiel im unterschiedlichen Niveau der Qualifikation, vor allem im Vergleich zu dem, was diejenigen, die eine Ausbildung beginnen wollen, erwarten. Sie liegen auch bei der unterschiedlichen regionalen Verteilung von Nachfrage und Interesse. Schwierigkeiten liegen aber auch darin, dass wir kein geeignetes Instrumentarium haben, an allen Stellen Menschen die richtige Beratung zum richtigen Zeitpunkt zu geben. Und eine weitere Schwierigkeit liegt in der

Mentalität, sich erst einmal eine Ausbildungsstelle zu suchen, ohne die Institutionen, die wir alle hier vertreten, aufzusuchen. Und wenn ein junger Mensch nicht gleich nach Ende der Schulzeit eine Ausbildung beginnt, so gilt er schon im darauffolgenden Jahr als „Altbewerber“. Hier gilt es aber auch, Unterschiede zu machen: Wenn nämlich der Beteiligte ein Jahr einen Auslandsaufenthalt gemacht hat, ist das eine Qualifikationsmaßnahme, die außerhalb unserer statistischen Formblätter gelaufen ist. Etwas anderes ist es jedoch, wenn er das Jahr vergeblich gesucht hat und nur zu faul war, zum richtigen Zeitpunkt schon mal staatliche oder andere Beratungsstellen aufzusuchen. Das ist dann ein Fehler, der uns nicht unterlaufen darf. Wir müssen eben frühzeitig darauf aufmerksam machen und in solche Beratungssysteme integrieren.

Wir haben heute also sehr unterschiedliche Phänomene und sehr unterschiedliche Ausgangspositionen bei jungen Menschen auf allen Niveaus der Qualifikation. Wir haben im Ausbildungspakt das letzte Mal intensiv auf Grund des Vortrags der Regionaldirektion der BA über die Frage diskutiert, wer sind denn eigentlich die, die – statistisch gesehen – übrig bleiben in einem bestimmten Jahr. Und die These, dass das all diejenigen seien, die keinen Hauptschulabschluss haben, ist eben schlicht falsch. Sondern es schließt vom Abiturienten über den Hauptschüler bis hin zu dem ohne Schulabschluss jeden ein. Insofern ist die einfache These, das laufe irgendwie alles von selbst, eine offenkundig falsche.

Aus diesem Grund ist in den vergangenen Jahren ein wichtiger Prozess entstanden: Der Hessische Ausbildungspakt, mit dem die Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmensverbände, die Bundesagentur, Landesregierung, Städte und Gemeinden, Bund und Städtetag gemeinsam Arbeitsprozesse entwickelt haben. Und das ist eine qualitative Veränderung von Sich-Treffen, weil man sich erstens Einladungen eines Ministerpräsidenten nicht entziehen kann und es auch ganz gut ist, wenn man weiß, was die da treiben.



Das Ganze hat sich dabei von Treffen, um den eigenen Verbandsstandpunkt darzustellen und anschließend eine Pressekonferenz darüber abzugeben, hin zu einem Prozess entwickelt, an dem wir die Zahl der Treffen reduziert haben. Erhöht haben wir hingegen die Zahl

der Treffen derjenigen, die Arbeit schaffen. Und daraus ist eine Beziehung entstanden, die sich nicht mehr allein mit dem moralischen Appell beschäftigt. Sondern die Beteiligten haben sich gefragt, wie man irgendwann dazu kommen kann, zu verkünden, dass die moralischen Appelle praktische Erfolge haben.

Das öffentliche Darüber-Reden ist das eine. Wichtig ist, dass zum Beispiel auch der Präsident zum Betrieb kommt und fragt, ob dieser noch einen Auszubildenden nehmen könne. Hier muss eine sichtbare öffentliche Begleitung stattfinden. Aber die Fragen, warum er niemanden findet, der bei ihm eine Ausbildung machen könnte oder warum er darüber so sauer ist, einen Platz wieder nicht besetzt zu haben, sind nicht in einer Pressekonferenz lösbar. Aber die Akteure, und dafür bin ich dankbar, haben angekündigt, Instrumente zu entwickeln, um solche Probleme lösen zu können.

Wir fragen uns zum Beispiel: Was muss die Berufsschule leisten? Wie viel Kundenorientiertheit gegenüber den Betrieben ist nötig? Was muss die Schule in den letzten Jahren der Ausbildung leisten, um Nähe zu schaffen? Was können Kammern mit Berufsbildungsmessen und anderen Veranstaltungen leisten, um Standards zu schaffen? Wie schaffe ich es, dass Schüler, wenn sie von der Handwerkskammer zur IHK kommen, nicht zwei Berufsberater finden, die es da zwar Gott sei Dank inzwischen gibt, die ihnen aber nach völlig unterschiedlichen Strukturen, und sogar völlig unterschiedliche Informationen geben? Wie schaffe ich es, dass ich am Ende nicht einen hinreichend Verwirrten vor mir stehen habe, der lediglich weiß, dass die Berufsberater ihm nicht sagen können, was er machen soll?

Diesen Zustand zu bessern – optimistisch gesagt – diesen Zustand zu beenden, ist eine wichtige Aufgabe des Prozesses, über den wir hier diskutieren. Dass der kompliziert ist, sehen Sie am Titel. Dass die beteiligten Akteure motiviert und engagiert sind, sehen Sie an der Abkürzung. Weil es schon eine Leistung ist, aus dem Titel so eine Abkürzung zu machen. Und weil es zeigt, dass man versuchen will, die Sache, die wir hier gemeinsam anpacken, in die richtige Richtung zu treiben.

Die Aufgabe der INBAS und der anderen Teilnehmer ist es, eine lernende Organisation zu schaffen, in der es ganz wichtig ist, dass jeder, der hier sitzt, weiß, dass die Landesregierung die Finanzierung dieser Veranstaltung übernimmt, aber auch dass die Tatsache, dass Sie hier sind, die Entscheidung der Akteure vor Ort ist.

Die Qualitätsstandards, die Sie jetzt sehen und die die erste bunte Broschüre gefüllt haben, sind eine Provokation, ein Anreiz, eine Anregung, ein Maßstab – je nachdem wie es ein Einzelner verkraften wird. Aber die Möglichkeit dazu muss jeder junge Mensch haben, wenn er noch nicht weiß, was er beruflich machen möchte – gerade unter dem Gesichtspunkt ‚Was gibt’s auf der Welt, was kann ich erreichen?‘ Und weil sie sich auch nicht sicher sind, was sie werden könnten, weil sie sich fragen, wo ihre eigenen Potenziale schlummern. Junge Menschen können in dieser Situation alles gebrauchen, nur kein Durcheinander.

Und wir müssen es schaffen, ihnen nicht weniger anzubieten als bisher, sondern ihnen den Eindruck zu vermitteln, dass unser Angebot Struktur hat. Dabei sollen die einzelnen Akteure auch weiterhin erkennbar sein. Die Bundesagentur ist eine Institution mit einer eigenen Identität. Berufsschulen und Kammern sind das aber auch. Genauso wie unsere Städte, Gemeinden und Landkreise .

Vor diesem Hintergrund stellt sich jetzt die Frage: Schaffen wir es, diese Aufgabe zu lösen, indem wir vor Ort miteinander reden? Es steht fest, dass diese Veranstaltung zum Scheitern verurteilt ist, wenn nur die Chefs im Lande darüber reden. Denn wir können uns relativ schnell verständigen; wir müssen es ja nicht umsetzen. Deshalb ist die Entscheidung getrof-

fen worden, dass es die Akteure tragen und wir sie dabei unterstützen. Daraus folgt: Das Handeln geschieht auf der regionalen Ebene.

Die vor Ort Verantwortlichen, die sich zu Qualitätssicherungszirkeln, zu Absprachen, Erfahrungsaustauschen treffen und die die Schüler treffen sowie diejenigen, die bisher unterschiedliche Signale gegeben haben, sollten sich in Zukunft untereinander absprechen, welche Signale sie geben wollen.

Auf regionaler Ebene wollen wir erreichen, dass die Arbeit suchende Person im Mittelpunkt steht. Dass ein Mitarbeiter zum Telefon greift und seinen Kollegen fragt: ‚Sag‘ mal, da irrt einer permanent durch unsere Beratungszirkel. Sollten wir nicht gemeinsam einen Plan machen, wie man mit dem eine vernünftige Perspektive entwickelt?‘ Das geschieht bereits manchmal, aber es geschieht im Verhältnis zu der Zahl der Fälle zu selten.

Und nachdem wir meiner Einschätzung nach dabei sind, den ersten Teil des Problems – dass es zu wenige Ausbildungsplätze gibt – zu lösen, müssen wir in einer zweiten Stufe sichern, dass die Irrlichterei, die verlorenen Wege und die zu späten Kontakte auf die richtigen Stellen reduziert werden.

Dabei sollten wir erstens die Betroffenen ermuntern und nicht zurückweisen. Und zweitens, wenn Sie uns nicht zurückweisen, sollten wir sie nicht frustrieren, sondern ihnen auch eine Chance geben, qualitätsorientiert und zielgerichtet das zu bekommen, was sie von uns erwarten.

Noch bewegen wir uns häufig an der Kante von gut gemeint und gut gemacht. Wir müssen diese Aufgabe zukünftig gemeinschaftlich lösen, so dass aus dem unbeschreibbaren ‚Gut gemeint‘ ein ‚Gut gemacht‘ wird, ohne dass wir uns dabei gegenseitig den Spaß am Arbeiten nehmen.

Deshalb muss unsere Arbeit dezentral sein, muss begleitet werden und prozessorientiert sein. Denn wir wollen, dass all diejenigen, die gut motiviert sind, nicht permanent vorgehalten bekommen, sie würden etwas falsch machen. Sondern dass die gut Motivierten sich auf den gemeinsamen Weg einlassen, das Produkt gemeinsam zu gestalten, ohne dass sie ihre Individualität, ihren eigenen Elan und ihre jeweilige Verantwortlichkeit verlieren.



Ob das gelingt, weiß ich nicht. Aber wir sind alle miteinander optimistisch, denn sonst würden wir es nicht versuchen. Ich bin deshalb optimistisch, weil es nicht ein Prozess der Landesregierung ist, den Akteuren zu sagen, ‚Macht mal!‘, sondern weil es ein Prozess der Akteure, ist zu sagen ‚Wir wollen machen!‘ Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung! Damit wollen wir heute beginnen. Und dann müssen wir erreichen, dass dies ein selbsttragender Prozess in den Regionen entsteht, der unterstützt werden kann, aber in dem niemand mit dem Zeigestock permanent danebensteht und sagt, Ihr müsst Euch wieder treffen.

Deshalb richte ich meine herzliche Bitte an Sie, die Sie von hier etwas mitnehmen, zu entscheiden: Man macht es, oder man lässt es. Es gibt nur diese zwei Möglichkeiten. Die teuerste Variante ist es, wenn man nur so tut, als würde man es machen. Die Entscheidung über diese Frage müssen Sie selbst treffen, denn wir nehmen sie Ihnen nicht ab: Glauben Sie, dass es einen Sinn hat? Denn es handelt sich um eine Investition in Zeit, Nerven, gelegentliche Eifersüchte und Eitelkeiten und es ist ein Sich-Zurücknehmen an bestimmten Stellen.

In den Kreisen, in denen das zu großen Teilen nicht gewollt wird, würden wir ungern unser Geld binden. Und in den Kreisen, in denen es sehr gewollt wird, würden wir gern so schnell wie möglich helfen, dass es ein Erfolgserlebnis wird. Die Frage, wo das im Einzelnen ist, entscheiden Sie und nicht wir. Deshalb müssen Sie wissen, was wir – die Akteure, die Landesregierung, INBAS – was wir wollen. Fragen Sie uns alles, was Sie für Ihren Erfolg wissen müssen, um schließlich eine Entscheidung zu treffen.

Es wäre erfreulich, wenn es uns im Laufe dieses Tages und in den nächsten gelingt, viele davon zu überzeugen mitzumachen. Denn wir sind jungen Menschen gegenüber verantwortlich nach dem Krisenmanagement, in dem wir gar nicht so schlecht waren und in dem jeder Einzelne mitgeholfen hat, auch strukturierte Entwicklungen für die Zukunft anbieten zu können, ohne dass wir eine Großorganisation werden müssen. Dabei soll jeder auch weiterhin in seiner eigenen Verantwortung arbeiten.

Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg, viele gute Informationen und Gespräche und bitte Sie ganz herzlich, prüfen Sie sich ernsthaft. Wenn Sie dagegen sind, lohnt es sich nicht, dass Sie das jetzt verheimlichen. Wenn Sie dafür sind, sollten Sie es mit großem Engagement angehen. Hessen ist das erste Bundesland, in dem die Akteure zu einer solchen Verabredung zusammengekommen sind. Ein Pakt für Ausbildung ist in keinem anderen Bundesland zu einer solch effektiven Arbeitsstruktur gekommen wie hier. Dafür bin ich dankbar. Es ist eine große Vorleistung, die bereits getroffen worden ist. Jetzt brauchen wir die Entscheidung der Akteure, ob sie diese Leistung nutzen wollen.

Ich hoffe das sehr und wünsche allen, dass OloV zu einem Erfolgserlebnis wird. Zunächst für diejenigen, die Jugendliche beraten, und letztendlich auch für die Jugendlichen selbst. Die werden nie erfahren, was das ist. Das müssen sie auch nicht, denn wir sind keine Werber für unsere Backofficesysteme. Sondern wir müssen am Ende junge Menschen haben, die sagen: ‚Wenn du da fragst, kriegst du eine vernünftige Antwort.‘ Dann haben wir auch Lehrer, die den Jugendlichen sagen: ‚Ihr seid dumm, wenn ihr nicht fragt!‘ Und wir haben am Ende Betriebe, die mit ihnen zusammenarbeiten, weil sie auf diese Weise die geringste Fehlerquote bei der Einstellung ihrer jungen Auszubildenden haben. Davon darf man wenigstens einen Augenblick zu Beginn einer solchen Tagung träumen.

Schön, dass Sie hier sind, einen guten Tag und eine gute Veranstaltung für Sie alle!